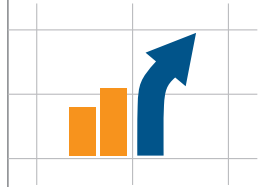


Stabiles Wachstumsmuster

Baden-württembergische Wirtschaft dürfte im 1. Quartal 2017 preisbereinigt um 1 ½ % gegenüber dem Vorjahresquartal wachsen



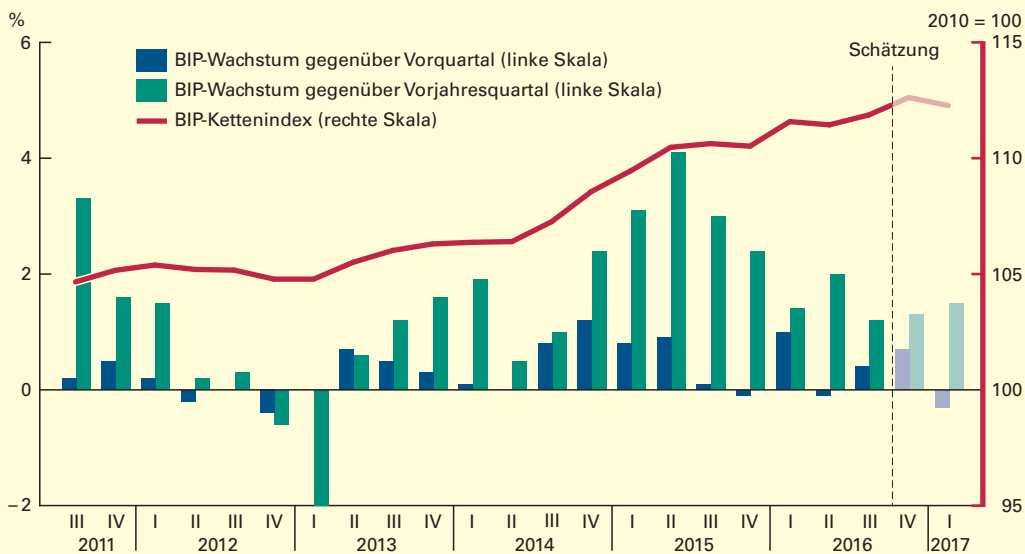
Die Südwestwirtschaft ist auf einen potentialgerechten Wachstumspfad eingeschwenkt und weist insgesamt eine stabile Konjunktur auf. Ein dynamischerer Auftragseingang aus dem In- und Ausland sowie eine gute Stimmung unter den Südwestfirmen signalisieren, dass das aktuelle Konjunkturmuster mindestens bis zur Jahresmitte 2017 intakt bleiben dürfte. Daher kann für das 1. Quartal 2017 von einem realen BIP-Wachstum in Höhe von 1 ½ % gegenüber dem Vorjahresquartal ausgegangen werden (Schaubild 1).

Im Abschlussquartal 2016 hat die Auslandsnachfrage des Verarbeitenden Gewerbes zur alten Stärke zurückgefunden. Nachdem die Vorquartalswerte bereits seit Beginn des Jahres wieder positive Wachstumsraten aufwiesen, drehte auch das Vorjahreswachstum wieder ins Plus (3,3 % zum 4. Quartal 2015). Gestützt wird diese Entwicklung von der Nachfrage im Bereich Kraftwagen und Kraftwagenteile (+ 4,8 % zum Vorjahresquartal). Leicht rückläufig sind die Auslandsumsätze im Maschinenbau, die das ansonsten positive Bild etwas trüben.

Um 0,5 % legte die Inlandsnachfrage im Verarbeitenden Gewerbe gegenüber dem 3. Quartal 2016 zu und wuchs damit um 2,6 % gegenüber dem Vorjahresquartal. Eine wesentliche Stütze war auch hier der Verkauf von Fahrzeugen, der saison- und arbeitstäglich bereinigt um 3,7 % zum Vorquartal stieg. Ebenfalls gut läuft die Baukonjunktur im Südwesten. Zwar sanken die Arbeitsstunden im 4. Quartal zum Vorquartal, sie liegen aber im Vorjahresquartalsvergleich mit 3,0 % im Plus.

2017 dürften die Verbraucherpreise stärker steigen als noch 2016 (+ 0,4 % zum Vorjahr), da aufgrund des auslaufenden Basiseffekts bei Rohstoffpreisen mehr Geld für Energie bezahlt werden muss. Damit würden die Konsumenten über einen geringeren Kaufkraftzuwachs als noch 2016 verfügen. Der Arbeitsmarkt befindet sich weiter in guter Form. Im Gesamtjahr 2016 lag die Arbeitslosenquote bei 3,8 % und damit nochmal 0,1 Prozentpunkte unter dem bereits sehr niedrigen Wert von 2015. Von August bis Oktober stieg die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung um 1,6 % zum Vorjahr.

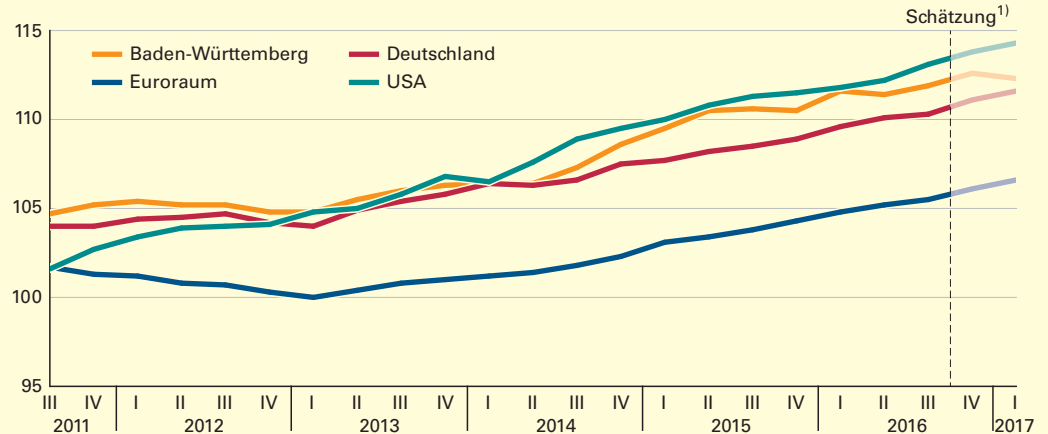
S1 Südwestwirtschaft wächst nahezu potentialgerecht*)



*) Saison- und arbeitstäglich bereinigte Verläufe; IV/16 bis I/17 Schätzung.

S2 Erholungskurs der US-Wirtschaft hält seit 8 Jahren an

Kettenindex des realen BIP (2010 = 100), saison- und arbeitstäglich bereinigt



1) Datenquellen: Eurozone, USA und Deutschland: Commerzbank; Baden-Württemberg: eigene Berechnung.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

35 17

Handel mit den USA geht schweren Zeiten entgegen

Nach der Wahl Donald Trumps zum neuen US-Präsidenten scheinen die Karten in der internationalen Politik neu gemischt zu werden. Auch wenn Trump noch keine konkreten Gesetze und Verordnungen beschlossen hat, so kristallisiert sich aus seinen ersten Interviews und Stellungnahmen langsam die neue US-Linie zu wichtigen Themen heraus. Hierbei hat der neue Präsident die Devise ausgegeben: „America first!“ So sollen bestehende Verträge und Vereinbarungen mit anderen Staaten einer reinen Kosten-Nutzen Analyse unterzogen werden. Namentlich erwähnte Trump die Länder China, Japan und Mexiko, die beim US-Handelsdefizit die Plätze 1, 2 und 4 belegen. Mit einem Handelsdefizit von knapp 60 Mrd. US-Dollar von Januar bis November 2016 liegt Deutschland auf dem dritten Platz und wird sich somit der politischen Diskussion um eine Anpassung seines hohen Exportüberschusses wohl nicht entziehen können. Zwar bieten die WTO-Statuten einen gewissen Schutz vor Strafzöllen, allerdings könnte der gewünschte Effekt, Produktion in den USA zu erhalten oder sogar auszubauen, auch nur über seine Ankündigungen erreicht werden. So stellten bereits etliche Unternehmen Investitionen in den Vereinigten Staaten in Aussicht und verwarfen geplante Produktionsstandorte beispielsweise in Mexiko. Natürlich lässt sich schwer nachprüfen, inwieweit die Unternehmen ihr US-Engagement sowieso ausweiten wollten und der Schwenk damit nur symbolisch erfolgte. Dennoch bringt die

neue Devise des „America first“ zusätzliche Unsicherheit in das Wirtschaftsgeschehen. Insbesondere bei Neuinvestitionen dürften sich Unternehmen eher zurückhalten und die weitere Entwicklung abwarten.

Neben Strafzöllen sehen Ökonomen die vorgeschlagene Reform der US-Unternehmenssteuer als Gefahr für den globalen Handel. Im Rahmen des sogenannten „steuerlichen Grenzausgleichs“ sollen in der Produktion eingesetzte Importe nicht mehr als Aufwendungen die Steuerlast reduzieren. Damit würden Unternehmen zusätzliche Anreize erhalten, in ihrer Produktion vor allem inländische Vorprodukte einzusetzen. Dies würde vorhandene grenzüberschreitende Lieferketten unterbrechen, wobei Länder mit intensiven Exportbeziehungen zu den USA besonders stark betroffen wären. Der eher protektionistische Kurs der neuen US-Administration hängt auch mit dem im internationalen Vergleich geringen Anteil des Außenhandels am Bruttoinlandsprodukt (BIP) zusammen. So machen die Exporte 2015 nur 12,6 % und die Importe 15,4 % am BIP aus. Daher wären die USA bei einem schwächer wachsenden Export weniger stark betroffen als Deutschland mit einer Exportquote von 39,4 % bzw. insbesondere Baden-Württemberg mit 42,5 % Exportanteil am BIP. Ganz generell verzeichnete die Exportwirtschaft 2016 im Südwesten nicht mehr die Dynamik des Jahres 2015. So schrumpften die Ausfuhren von Januar bis November um 2,5 % gegenüber dem Vorjahr und dürften das erste Mal seit 2013 nicht mehr den Wert des Vorjahres übertreffen. ■